

Konferenzresolution

angenommen von der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer*, gewählte Vertreter der Ostseestaaten und des Europäischen Parlaments, die am 27./28. August 2007 in Berlin, Deutschland, zusammenkommen,

erörtern die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Energiefragen, Arbeit und soziale Wohlfahrt, eine integrierte Meerespolitik und die Eutrophierung der Ostsee und

rufen die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU dazu auf,

bei der Zusammenarbeit in der Region

1. die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Region zu fördern, darunter auch die Stärkung von NRO und die Unterstützung der anhaltenden Aktivitäten des NRO-Forums,
2. die zwischenstaatlichen Organisationen des Bereichs der Nördlichen Dimension nachdrücklich aufzufordern, die Zusammenarbeit und die Koordinierung zu intensivieren, um eine effiziente Arbeitsteilung zu erzielen und Überschneidungen zu vermeiden,
3. die Entwicklung einer Ostseestrategie innerhalb der neuen Nördlichen Dimension zu unterstützen,

bei Energiefragen und dem Klimawandel in der Ostseeregion

4. konkrete Schritte zur Stärkung der Zusammenarbeit in Energiefragen in der Ostseeregion unter Einschluss von Effizienz, Versorgung, Sicherheit und erneuerbarer Energieträger zu ergreifen und zugleich mit dem Klimawandel zusammenhängende Maßnahmen zu berücksichtigen,
5. die Ostseeregion zu einer Modellregion für erneuerbare Energien in Europa zu entwickeln,
6. Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass Informationen über mögliche wirtschaftliche, ökologische und soziale Folgen von Infrastrukturprojekten in und an der Ostsee über zuständige Einrichtungen zwischen den Anrainerstaaten ausgetauscht werden, außerdem sicherzustellen, dass bei allen Infrastrukturprojekten (z.B. der Nord-europäischen Gasleitung und dem Baltic Gas Interconnector, BGI) gemäß internationalen Verpflichtungen eine gründliche Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen wird sowie die Energieversorgungssicherheit der gesamten Ostseeregion zu berücksichtigen,

im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die soziale Wohlfahrt in der Ostseeregion

7. Hindernisse für die Arbeitsmarktmobilität zu beseitigen,

8. vor dem Hintergrund immer zahlreicherer Grenzgänger das Thema der „grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte“ auf die Tagesordnung des Ostseerats zu setzen und politische Maßnahmen zu unterstützen, die in der Region zur Einrichtung von Informationszentren an stark genutzten Grenzübergängen führen, um die Mobilität der Arbeitnehmer zu fördern und sie in Sozialversicherungsfragen zu beraten. Einige Beispiele dieser Art gibt es bereits, so den „GrenseTjänsten“ zwischen Norwegen und Schweden in der Region Värmland-Dalarna/Åkershus – Østfold, das Haparanda Information Centre in Tornedalen zwischen Schweden und Finnland, das „Centre for the Finnish Labour Market“ zwischen Finnland und Estland in Tallinn, die „Arbeitsämter für Grenzgänger – labour centres for cross-border workers“ zwischen Schweden und Dänemark in Kopenhagen, Malmö und Helsingör und das „Grenzinformationszentrum“ zwischen Dänemark und Deutschland in der Region Sønderjylland/Schleswig. Mit solchen Zentren sollen den Arbeitnehmern umfassende Informationen über steuerliche Angelegenheiten und Fragen des Sozialversicherungsrechts vermittelt werden. Auch die Informationen über Arbeits- und Fortbildungsmöglichkeiten in Nachbarländern der Region müssen verbessert werden,

im Hinblick auf eine Integrierte Meerespolitik

9. konkrete Schritte zur Entwicklung der Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas zu ergreifen, d.h. zu dem saubersten und sichersten Meer Europas unter Einchluss der Entwicklung der Projekte „Clean Ship“ und „Clean Port“,

10. Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie die Ostseeregion zu einer Pilotregion werden könnte, die belegt, dass eine wettbewerbsfähige maritime Industrie mit dem effektiven Schutz mariner Ökosysteme vereinbar ist,

11. verschärfte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen, nicht geregelten und nicht gemeldeten Fischerei (IUU-Fischerei) in der Ostseeregion zu ergreifen,

12. innerhalb des Ostseerats eine maritime politische Arbeitsgruppe für die Ostseeregion einzusetzen,

13. konkrete und effektive Schritte gegen die schnelle Zunahme von Öltransporten durch die Ostsee einzuleiten, um für ein hohes Maß an Sicherheit der Schifffahrt und des Personals zu sorgen, z.B. durch

- Errichtung einer gemeinsamen, effizienten Ostseeküstenwache,
- Förderung innovativer Navigationstechnologien, wie z.B. des Satellitennavigationssystems GALILEO in Verbindung mit GMES (dem Global Monitoring System for Environment and Security),
- Einführung der Lotsenpflicht in schwierigen Gewässern,
- Förderung von Vorschriften, die gewährleisten, dass Schiffe so gebaut und ausgerüstet werden, dass sie im Winter unter schwierigen Bedingungen und auch bei Eisgang sicher betrieben werden können,
- Anwendung der aus der Luftraumkontrolle bekannten Grundsätze auf die Überwachung und Regelung des Seeverkehrs in der gesamten Ostsee,

im Hinblick auf die ernste Situation bei der Eutrophierung und anderen Formen der Umweltverschmutzung in der Ostsee

14. die letztendliche Entwicklung eines sehr ehrgeizigen HELCOM Baltic Sea Action Plans zu unterstützen, der im Herbst 2007 in Krakau angenommen werden soll, sich diesem Plan zu verpflichten und alle beschlossenen Maßnahmen sachgerecht umzusetzen,

15. die politischen Empfehlungen der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung anzunehmen, alle darin enthaltenen vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen und auf

der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

Die Konferenz

16. nimmt ferner mit Befriedigung den positiven Prozess des Dialogs und des Informationsaustausches mit der Ostseeparlamentarierkonferenz zur Kenntnis, sieht einer weiteren beiderseitigen Entwicklung dieses Dialogs mit Freude entgegen und ermutigt die Regierungen des Ostseerats, über den Ostseerat einen Jahresbericht zur Umsetzung der Entschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen,

17. erkennt ihre Verantwortung an für die Einleitung und Vertiefung des Dialogs und die Koordinierung zwischen regionalen Organisationen in der Ostseeregion und in ganz Nordeuropa,

18. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel einzusetzen, die der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegt,

19. fordert den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt und Soziales einzusetzen, die der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegt,

20. verabschiedet die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt,

21. beschließt, die Fragen der Energie und des Klimawandels auf der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz 2008 in Visby zu behandeln,

22. begrüßt mit Dankbarkeit die freundliche Einladung des Schwedischen Reichstags, die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz am 1./2. September 2008 in Visby abzuhalten.

*Baltische Versammlung, Freie und Hansestadt Bremen, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Dänemark, Estland, Europäisches Parlament, Finnland, Bundesrepublik Deutschland, Freie und Hansestadt Hamburg, Island, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordischer Rat, Norwegen, Polen, Bundesversammlung der Russischen Föderation, Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Schweden, Åland.